

- i Editorial: Für Deutschland gibt es keine sinnvolle Alternative zum Euro**
- i Krankenhaus Rating Report 2013: Trend zu großen Klinikverbänden**
- i Anhebung des Rentenalters für Arbeitslose hat Sozialkassen entlastet**
- i Gemeinschaftsdiagnose: RWI auch in den nächsten drei Jahren dabei**

Für Deutschland gibt es keine sinnvolle Alternative zum Euro



Im Zuge der Debatten rund um die Euro-Krise wurde in den vergangenen Wochen und Monaten immer wieder der Euro in Frage gestellt. Mal wurde gefordert, die südeuropäischen Staaten sollten aus der Euro-Zone austreten, mal hieß es, Deutschland solle zur D-Mark zurückkehren oder sie zumindest als Parallelwährung einführen.

Ich halte alle diese Vorschläge aus mehreren Gründen für nicht zielführend: Zum einen aus ökonomischen – wird auch nur ein einziges Land aus dem Euro herausgedrängt, würden Investoren wahrscheinlich massiv gegen den Euro spekulieren. Die Währungen der austretenden Länder müssten dann wohl so massiv abwerten, dass deren nationale Notenbanken diesen Absturz nicht auffangen könnten. Darüber hinaus wäre es meiner Überzeugung nach aber vor allem politisch

höchst riskant, die Europäische Währungsunion auch nur teilweise wieder aufzulösen. Denn es stünde schnell der gesamte europäische Integrationsprozess in Frage. Und damit eine Entwicklung, die uns in den vergangenen Jahrzehnten in Europa einen dauerhaften Frieden beschert hat. Mir scheint manchmal, dass wir verlernt haben, diesen Frieden wert zu schätzen.

Gleichzeitig kann ich den Unmut vieler Bundesbürger nachvollziehen, die die Milliardentransfers in die Euro-Krisenländer als „Fass ohne Boden“ empfinden. Gerade deshalb werde ich nicht müde, für den „Schuldentilgungspakt“ zu werben, den wir gemeinsam im Sachverständigenrat erarbeitet haben. Zwar enthält dieser einen Fonds, in dem ein Teil der Schulden der Euro-Staaten zusammengefasst wird. Die Beteiligung daran ist aber an bestimmte Auflagen für die jeweiligen Länder gebunden. So würde beispielsweise für jedes Land ein Konsolidierungspfad festgelegt, um die ausgelagerten Schulden eigenverantwortlich in einem Zeitraum von 20 bis 25 Jahren zu tilgen.

Ein solcher Pakt würde jenen Volkswirtschaften, die in einer Krisen-Eigendynamik gefangen sind, einen Ausweg eröffnen. Einen Ausweg, den ich ökonomisch und politisch für eine weitaus sinnvollere Maßnahme als einen Austritt aus der Euro-Zone halte.

Christoph M. Schmidt

Krankenhaus Rating Report 2013: Der Trend zu großen Klinikverbänden setzt sich fort

Die wirtschaftliche Situation der deutschen Krankenhäuser hat sich 2011 und 2012 spürbar verschlechtert. Die geplanten finanziellen Hilfen werden zwar voraussichtlich zu einer Stabilisierung bis 2014 führen. Auf mittlere Sicht bleibt die Lage aber angespannt. Um Kosten zu sparen, werden sich immer mehr Kliniken zu großen Verbänden zusammenschließen und ihre Leistungen stärker bündeln. Die Versorgungssicherheit ist dabei nur selten in Gefahr, die Politik sollte diesen Prozess unterstützen. Zu diesen und vielen weiteren Ergebnissen kommt die neunte Ausgabe des „Krankenhaus Rating Report“. Die Studie über die wirtschaftliche Lage deutscher Krankenhäuser wurde gemeinsam von RWI, Accenture und der hcb GmbH erstellt.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Krankenhäuser hat sich 2011 und 2012 deutlich verschlechtert. 2011 befanden sich 13% im „roten Bereich“ mit erhöhter Insolvenzgefahr, 14% waren leicht gefährdet („gelber Bereich“). 2010 waren noch unter 10% im roten Bereich. Ein Drittel der Krankenhäuser schrieb 2011 einen Jahresverlust, 2010 waren es nur 16%. Ein Grund für die Verschlechterung könnte ein erheblicher Personalaufbau 2011 sein, die Zahl der Vollkräfte im Krankenhaus nahm um 1,7% zu. Für 2013 und 2014 hat die Politik Maßnahmen zur Unterstützung der Krankenhäuser in Höhe von 1,1 Milliarden Euro angekündigt. Diese dürften die Lage stabilisieren, schon ab 2015 droht ohne Gegenmaßnahmen aber wieder eine Verschlechterung. Bis 2020 könnten sich 19% der Häuser im „roten Bereich“ befinden. Besonders um die Investitionsfähigkeit der Kliniken ist es schlecht bestellt: Mittlerweile hat sich ein Investitionsstau von 15 Milliarden Euro angehäuft.

Zu diesen Ergebnissen kommt der neunte „Krankenhaus Rating Report“, den das RWI, die Institute for Healthcare Business (HCB) GmbH und das Beratungsunternehmen Accenture gemeinsam erstellt haben. Der Report basiert auf einer Stichprobe von 645 Jahresabschlüssen aus dem Jahr 2010 sowie 254 Jahresabschlüssen aus dem Jahr 2011. Sie umfassen insgesamt fast 1 000 Kliniken.

Ostdeutschen Kliniken geht es wirtschaftlich am besten

In keiner Region Deutschlands gab es zwischen 2010 und 2011 eine Verbesserung. Am besten war die gesamtwirtschaftliche Lage der Krankenhäuser 2011 jedoch weiterhin in den ostdeutschen Bundesländern, gefolgt von Rheinland-Pfalz/Saarland und Nordrhein-Westfalen, wenngleich der Anteil der Krankenhäuser mit einem Jahresverlust in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz/Saarland mit über 40% besonders hoch ausfiel. Am schwierigsten war sie in Niedersachsen/Bremen, Hessen, Schleswig-Holstein/Hamburg und Baden-Württemberg. In Baden-Württemberg schrieb 2011 fast jede zweite Klinik einen Jahresverlust.

Weitere Ergebnisse der Studie sind, dass ein hoher Spezialisierungsgrad insbesondere für kleine Krankenhäuser vorteilhaft ist. Eine neue Erkenntnis war, dass wirtschaftlich starke Kreise wirtschaftlich schwache öffentlich-rechtliche Kliniken besitzen. Offenbar werden in diesen Fällen kramme Krankenhäuser finanziell unterstützt und nötige Betriebsanpassungen verhindert oder verzögert.

Bei privaten und freigemeinnützigen Krankenhäusern gab es dagegen keine solche Wechselbeziehung mit der Wirtschaftskraft des Kreises.

Größere Verbände helfen den Krankenhäusern, Kosten zu sparen

Um den wirtschaftlichen Druck der kommenden Jahre abzufedern, dürften stärker als bisher Krankenhausstrukturen auf der Verbundebene optimiert werden,



Aus der Forschung

was eine Konsolidierung des Krankenhausmarkts nach sich ziehen wird. Zwar ist diese Marktkonsolidierung bereits im Gange: die Zahl der Krankenhausträger ist zwischen 1995 und 2011 von 1 600 auf 1 121 gesunken, und mehr als 60% der Kliniken gehören inzwischen zu einem Träger mit mindestens zwei Krankenhäusern. Zukünftig dürfte sie sich beschleunigt fortsetzen.

Auch wenn künftig die Krankenhauskapazitäten gebündelt werden, wird dies in den meisten Regionen Deutschlands nicht zu einer Reduktion der Versorgungssicherheit für die Patienten führen. Im Zuge der Umstrukturierung des Krankenhausesektors kann gerade auch die Notfallversorgung effizienter gestaltet werden. Vor allem auf dem Land sollte sie vor dem Hintergrund des geodemografischen Wandels neu ausgerichtet werden.

Diesem Beitrag liegt die Studie „Krankenhaus Rating Report 2013: Krankenhausversorgung zwischen Euro-Krise und Schuldenbremse“ zugrunde. Sie enthält unter anderem zahlreiche grafisch aufbereitete Darstellungen und Krankenhausbenchmarks. Die Studie kann für 298,95 Euro inkl. 7% MwSt. beim Verlag medhochzwei (www.medhochzwei-verlag.de) bestellt werden (ISBN 978-3-86216-095-2; als Jahresband im Abonnement für 269 Euro). Sie ist auch als E-Book erhältlich. Sämtliche Grafiken und Tabellen sind separat auf CD verfügbar.

*Informationen: boris.augurzky@rwi-essen.de,
sabine.weiler@rwi-essen.de*

Anhebung des Rentenalters für Arbeitslose hat Sozialkassen entlastet

Die Erhöhung des Rentenalters für Arbeitslose von 60 auf 63 Jahre hat zu einer höheren Wiederbeschäftigungsrate älterer Arbeitsloser geführt. Das höhere Rentenalter führte aber nicht zu einem Anstieg der Frühverrentungen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie von RWI, Universität Duisburg-Essen und RGS Econ.

Die schrittweise Anhebung des Eintrittsalters für die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit von 60 auf 63 Jahre zwischen Januar 2006 und Dezember 2011 hat dazu

geführt, dass mehr älteren Arbeitslosen die Rückkehr in eine Beschäftigung gelungen ist. Dadurch wird der Etat der Bundesagentur für Arbeit schätzungsweise um jährlich rund 200 Millionen Euro entlastet, was einem Anteil von ungefähr 5% ihrer jährlichen Ausgaben entspricht. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des RWI, der Universität Duisburg-Essen und der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ).

Die Untersuchung beruht auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP), die Stichprobe enthielt rund 630 Arbeitnehmer im Alter zwischen 55 und 63 Jahren, die im Untersuchungszeitraum zwischen 1991 und 2011 arbeitslos wurden. Frauen wurden nicht berücksichtigt, da sie unter bestimmten Bedingungen nach wie vor mit 60 Jahren ein Anrecht auf die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit haben. Die Auswertung der Daten ergab, dass die Wahrscheinlichkeit älterer Arbeitsloser, wieder eine Beschäftigung aufzunehmen, mit jedem zusätzlichen Monat bis zum Erreichen des Rentenalters um 1,3% stieg. Dies könnte darauf beruhen, dass der längere zeitliche Abstand bis zur Rente die Arbeitslosen verstärkt motiviert wieder eine Beschäftigung aufzunehmen. Insgesamt ist die Zahl der Arbeitslosen im Alter zwischen 50 und 64 Jahren zwischen 2005 und 2011 von 1,2 Millionen auf 900 000 gesunken.

Kein überproportionaler Anstieg der Frühverrentungen

Ältere Arbeitslose, die zurück in eine Beschäftigung finden, entlasten die Sozialsysteme zweifach. Zum einen wird dadurch die Arbeitslosenversicherung finanziell entlastet. Zum anderen erhöhen sich durch die Steuerzahlungen der wieder Beschäftigten die Staatseinnahmen.

Im Rahmen der Studie wurde auch untersucht, ob es durch die Anhebung des Renteneintrittsalters zu einer verstärkten Frühverrentung aufgrund von Ausnahmeregelungen, wie beispielsweise einer Schwerbehinderung, kam. Es lag nahe, dass eine solche Frühverrentung attraktiver ist, wenn die Zeit bis zum Erreichen des Rentenalters verlängert wird. Anhand der Daten konnte ein solcher Effekt jedoch nicht nachgewiesen werden.

Dieser Beitrag beruht auf Ruhr Economic Paper #410 „Bridge Unemployment in Germany: Response in Labour Supply to an Increased Early Retirement Age“. Es ist unter www.rwi-essen.de/rep_als_pdf-Datei_erhaeltlich.

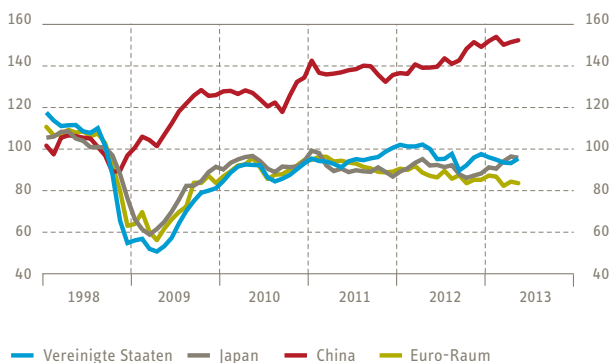
Informationen: michael.kind@rwi-essen.de,
sabine.weiler@rwi-essen.de

Konjunkturprognose und Stahlbericht veröffentlicht; RWI-Konjunkturbericht erscheint vierteljährlich

Das RWI hat am 18. Juni seine Prognose des deutschen Wirtschaftswachstums für das Jahr 2013 gegenüber März 2013 leicht von 0,6 auf 0,4%; für 2014 von 2,1% auf 1,9% gesenkt. Getragen wurde die Konjunktur zu Jahresbeginn insbesondere von den privaten Konsumausgaben, während die Investitionen weiter rückläufig waren und die Außenwirtschaft kaum zur Expansion beitrug. Für den Prognosezeitraum ist bei einer Verbesserung der internationalen Konjunktur eine lebhaftere Investitionstätigkeit zu erwarten, auch weil die Finanzierungsbedingungen gut bleiben dürften. Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich weiter leicht verbessern. Die Inflation dürfte bei zunehmender Kapazitätsauslastung von 1,5% auf 1,7% anziehen.

Rohstahlerzeugung nach Regionen

2008 bis 2013; 2008 = 100, saisonbereinigt



Eigene Berechnungen nach Angaben von Worldsteel.

Laut dem am 20. Juni veröffentlichten Stahlbericht wird die deutsche Rohstahlproduktion in diesem Jahr voraussichtlich um 1% sinken und im kommenden Jahr mit anziehender Konjunktur um 0,9% auf 42,6 Millionen Tonnen steigen. Damit wird allerdings voraussichtlich nur ein moderater Beschäftigungsrückgang verbunden sein. Die weltweite Rohstahlerzeugung wird 2013 um 1,8%, im nächsten Jahr dann kräftiger um 4% zunehmen. Die Auslastung der Kapazitäten dürfte weltweit niedrig bleiben und der Druck auf die Stahlpreise vorerst anhalten. Der Mitte Juni von der EU verabschiedete Aktionsplan für die Stahlindustrie enthält zwar geeignete Lösungsansätze, um Überkapazitäten und hohen Energiepreisen dauerhaft zu begegnen, der Grat zu strukturkonservierenden Interventionen ist aber schmal.

Konjunkturprognose und Stahlbericht sind Teil von Heft 2 des RWI-Konjunkturberichts „Die wirtschaftliche Entwicklung im Frühsommer 2013“. Er enthält darüber hinaus die Beiträge „Anstieg des privaten Konsums zu Jahresbeginn vermutlich geringer als derzeit ausgewiesen“, „Überhöhte Verrechnungspreise überzeichnen den chinesischen Außenhandel“, „Zur Lage der Länderfinanzen 2012: Konsolidierungserfolge bei vielen Ländern“ und „Finanzwirtschaftliche Risiken der Kommunalverschuldung“. Der RWI-Konjunkturbericht wird künftig nicht mehr halb-, sondern vierteljährlich erscheinen: Heft 1 und 3 im Frühjahr und Herbst in traditioneller Weise mit ausführlichen Konjunkturprognosen.

Aus der Forschung

sen, Heft 2 und 4 jeweils mit einem Konjunktur-Update und kurzen Beiträgen zu ausgewählten Themen. Alle Hefte stehen unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-konjunkturberichte/ auf der RWI-Homepage als pdf-Download bereit.

Informationen: roland.doehrn@rwi-essen.de,
torsten.schmidt@rwi-essen.de

Gemeinschaftsdiagnose: RWI auch in den nächsten drei Jahren dabei

Das RWI wird auch in den nächsten drei Jahren an der Gemeinschaftsdiagnose mitarbeiten. Die Bietergemeinschaft aus RWI und dem Wiener Institut für höhere Studien (IHS) hat den Zuschlag für das Gutachten erhalten. Zudem sind drei weitere Bietergemeinschaften am halbjährlichen Konjunkturgutachten beteiligt.



Das RWI wird auch in den kommenden drei Jahren an der Gemeinschaftsdiagnose teilnehmen. Das Institut hatte sich gemeinsam mit dem renommierten Institut für Höhere Studien (IHS) aus Wien an der Ausschreibung beteiligt, mit dem es bereits in der Vergangenheit erfolgreich bei der Gemeinschaftsdiagnose zusammengearbeitet hat. Das IHS verfügt insbesondere über große Erfahrung mit Mittelfristprognosen. Neben RWI und IHS erhielten drei weitere Bietergemeinschaften

den Zuschlag: das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin mit dem Österreichischem Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO), Wien; das ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München mit der KOF Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich sowie das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) mit Kiel Economics Research & Forecasting. Keinen Zuschlag erhielt hingegen das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW), das seit mehr als 60 Jahren an der Gemeinschaftsdiagnose mitgewirkt hatte. Es hatte sich gemeinsam mit dem Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) beworben.

Die Gemeinschaftsdiagnose wurde in diesem Jahr zum dritten Mal europaweit im Wettbewerb ausgeschrieben. Sie ist ein halbjährlich erstelltes gemeinsames Konjunkturgutachten von führenden Wirtschaftsforschungsinstituten und liefert eine Referenz für die Projektionen der Bundesregierung. Das RWI sieht in der Entscheidung des Bundeswirtschaftsministeriums eine neuerliche Anerkennung der Qualität seiner bisherigen Forschungs- und Beratungsarbeit auf dem Gebiet der Makroökonomik und Konjunkturanalyse.

Informationen: roland.doehrn@rwi-essen.de,
sabine.weiler@rwi-essen.de

Aus der TU Dortmund

Werner Heisenberg-Medaille für Sprecher der RGS Econ

Prof. Wolfgang Leininger von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der TU Dortmund wurde von der Alexander von Humboldt-Stiftung mit der Werner-Heisenberg-Medaille geehrt.

Der Wirtschaftstheoretiker erhielt diese Auszeichnung für seine erbrachten Leistungen und als Anerkennung

insbesondere Mikroökonomische Theorie, Spiel- und Konflikttheorie sowie deren Anwendungen in Industrieökonomik, Politischer Ökonomie und der Theorie kollektiver Entscheidungen.

Seit 1998 war Wolfgang Leininger Fachgutachter und Mitglied der Auswahlausschüsse der Alexander von Humboldt-Stiftung. In den 15 Jahren seiner Tätigkeit für die Stiftung hat er als Vertreter der Wirtschaftswissenschaften den Auswahlausschüssen für die Vergabe von Humboldt-Stipendien, Sofja-Kovalevskaja-Preisen sowie Humboldt-Forschungspreisen angehört und die Stiftung auf Symposien und Tagungen im In- und Ausland vertreten.

Informationen: wolfgang.leininger@uni-dortmund.de



Ausgezeichnet für seine Verdienste um internationale Wissenschaftskooperationen: RGS-Sprecher Wolfgang Leininger mit der Werner-Heisenberg-Medaille.

seiner „besonderen Verdienste in der Förderung der internationalen wissenschaftlichen Zusammenarbeit“. Die Verdienstmedaille ist benannt nach dem ersten Präsidenten der Alexander von Humboldt-Stiftung; die Verleihung fand in Bonn statt.

Wolfgang Leininger ist seit der Gründung 2004 Sprecher der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ), die gemeinsam vom RWI und der Universitätsallianz Metropole Ruhr getragen wird. Er hatte Gastprofessuren an den Universitäten Stockholm, Boston und Maryland und am Wissenschaftszentrum Berlin inne. Sein Forschungsgebiet umfasst die Wirtschaftstheorie,

Eingeworbene Forschungsaufträge

The Effectiveness of Active Labor Market Programs over the Business Cycle

Auftraggeber: Fritz Thyssen Stiftung. Ansprechpartner: Prof. Dr. Jochen Kluge. Laufzeit: 1 Jahr

A Study on Labour Market Transitions using Micro-Data from the Statistics on Income and Living Conditions (SILC)

Auftraggeber: EU. Ansprechpartner: Dr. Ronald Bachmann. Laufzeit: Laufzeit: 7 Monate

Systematic Review on Access to Electricity in Developing Countries

Auftraggeber: 3ie. Ansprechpartner: Dr. Jörg Peters. Laufzeit: 13 Monate

Auswirkungen eines mittelstandsfreundlichen Modells zur Erhöhung des Spitzensteuersatzes mit Verschonungsregeln für gewerbliche Personenunternehmen auf das Steueraufkommen

Auftraggeber: Saarländisches Ministerium für Finanzen und Europa. Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn. Laufzeit: 4 Monate

Verifikation der Vereinbarungen zwischen der Regierung der Bundesrepublik Deutschland und der deutschen Wirtschaft zur Klimavorsorge und zur Minderung der CO₂-Emissionen und der Förderung der Kraft-Wärme-Kopplung

Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Ansprechpartner: Prof. Dr. Manuel Frondel. Laufzeit: 10 Monate

Demografie und Rente: Die Effekte einer höheren Erwerbstätigkeit Älterer auf die Beitragssätze zur Rentenversicherung

Auftraggeber: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Ansprechpartner: Dr. Ronald Bachmann. Laufzeit: 1,5 Monate

Mehr Gerechtigkeit: Was steht zur Wahl? Eine mikrodatenbasierte Analyse und Kommentierung von Programmaussagen der Parteien zu Änderungen des Tarifs der Einkommensteuer unter dem Gesichtspunkt der fiskalischen Auswirkungen

Auftraggeber: Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn. Laufzeit: 1 Monat

Die gesellschaftliche Akzeptanz der Energiewende

Auftraggeber: Bundesministerium für Bildung und Forschung. Ansprechpartner: Prof. Dr. Manuel Frondel. Laufzeit: 3 Jahre

Gemeinschaftsdiagnose jeweils im Frühjahr und im Herbst

Auftraggeber: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Ansprechpartner: Prof. Dr. Roland Döhrn. Laufzeit: 3 Jahre

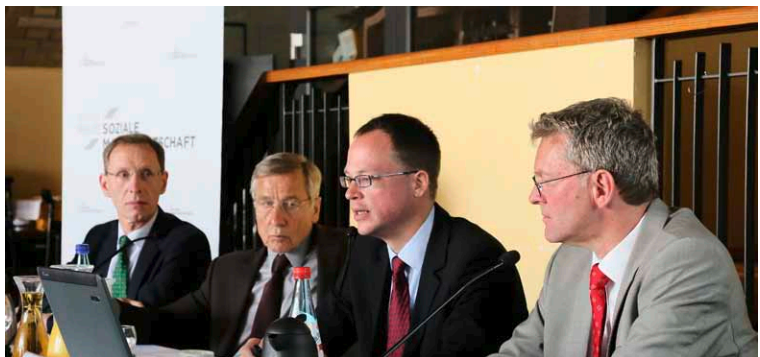
Rente mit 69 könnte Rentensystem entlasten ■

Die zukünftige Entwicklung des Rentenniveaus und der Rentenbeiträge wird stark davon abhängen, wie viele ältere Personen im Erwerbsleben aktiv sind. Die Rente mit 69 könnte längerfristig einen bedeutenden Beitrag zu stabileren Rentenbeiträgen leisten. Das geht aus einer Studie des RWI in Zusammenarbeit mit dem IfW Kiel und Prof. Reinhold Schnabel (Universität Duisburg-Essen) im Auftrag der INSM hervor. Sie wurde in Berlin im Rahmen des „INSM-Frühstücksdialogs“ vorgestellt.

Die Erwerbsbeteiligung älterer Personen wird einen bedeutenden Einfluss auf die zukünftige Entwicklung des Rentenniveaus und der Rentenbeiträge ausüben. Entsprechend könnte die Rente mit 69 einen deutlichen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung des Rentensystems leisten. Zu diesen Ergebnissen kommt eine aktuelle Studie des RWI in Zusammenarbeit mit dem Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) und Prof. Reinhold Schnabel (Universität Duisburg-Essen) im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM). Dabei wurden im Rahmen eines Rentenmodells neun verschiedene Szenarien analysiert, die sich hinsichtlich der Erwerbsquote, der Erwerbslosenquote und der Arbeitszeit Älterer unterscheiden.

Besonders deutlich wird der Einfluss der Erwerbsbeteiligung Älterer in den Modellrechnungen, in denen das Rentenniveau konstant gehalten wird. Hierbei ergibt sich für das Jahr 2030 ein Beitragssatz von 25,9 % im Referenzszenario, in dem sich die Erwerbsquote, die Erwerbslosenquote und die Arbeitsstunden Älterer gemäß ihrer derzeit zu beobachtenden Trends entwickeln werden. Im Best-case-Szenario (höhere

Erwerbsbeteiligung Älterer, sinkende Arbeitslosigkeit und höhere Arbeitszeit) würde der Beitragssatz im Jahr 2030 hingegen nur 22,6 % betragen. Im Stillstandsszenario, in dem Erwerbsquote, Erwerbslosenquote und die Arbeitsstunden Älterer ungefähr auf dem aktuellen Niveau verharren, würde der Beitragssatz bis zum Jahr 2030 hingegen auf 29,1 % ansteigen. Die Untersuchung zeigt, dass die Erwerbsquote der entscheidende Faktor in diesem Zusammenhang ist. Die Erwerbslosenquote und die Arbeitszeit älterer Erwerbspersonen spielen dagegen nur eine untergeordnete Rolle. Wird in den



Diskutierten beim „INSM-Frühstücksdialog“ gemeinsam die Ergebnisse zu „Demografie und Rente“ (v.l.n.r.): Moderator und INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr, INSM-Kuratoriumsvorsitzender Wolfgang Clement sowie die beiden Studienautoren Dr. Ronald Bachmann (Leiter des Kompetenzbereichs Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung des RWI) und Prof. Dr. Reinhold Schnabel (Universität Duisburg-Essen).

Modellrechnungen ein Rentenniveau unterstellt, das sich dem demografischen Wandel teilweise anpasst, kommt es zu etwas weniger stark ansteigenden Rentenbeiträgen, jedoch auch zu einem deutlich sinkenden Rentenniveau. Diese Effekte fallen umso stärker aus, je geringer die Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer ist.

Die Wissenschaftler empfehlen daher wirtschaftspolitische Anstrengungen, um insbesondere die Erwerbsquote älterer Personen zu steigern. Wie Simulationen bis zum Jahr 2050 zeigen, kommt hierbei insbesondere in der längeren Frist einer Erhöhung des Renteneintrittsalters – wie beispielsweise der Rente mit 69 – eine Schlüsselstellung zu.

Vorgelegt wurde die Studie am 18. Juni im Rahmen des „INSM-Frühstücksdialogs“ in Berlin. Im Rahmen

Termine

dieser Veranstaltungsreihe treffen sich Vertreter aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft zum Austausch über aktuelle wirtschaftspolitische Themen.

Die Studie „Demografie und Rente: Die Effekte einer höheren Erwerbstätigkeit Älterer auf die Beitragsätze zur Rentenversicherung“ steht auf der RWI-Homepage unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-projekt-berichte/ als pdf-Download bereit.

Informationen: ronald.bachmann@rwi-essen.de,
sabine.weiler@rwi-essen.de

SVR für Integration und Migration stellt Jahresgutachten vor

Der SVR für Integration und Migration, dem auch RWI-Vizepräsident Prof. Dr. Thomas K. Bauer angehört, hat sein Jahresgutachten 2013 zur EU-Binnenmigration vorgelegt. Demnach stammen fast zwei Drittel der Zuwanderer, die nach Deutschland ziehen, aus einem EU-Mitgliedstaat. Sie sind durchschnittlich jünger und besser ausgebildet als die Mehrheitsbevölkerung in Deutschland. Um eine Migrationspolitik aus einem Guss zu entwickeln, empfiehlt der SVR einen Nationalen Aktionsplan Migration.

Deutschland ist zum Magnet für gut qualifizierte Zuwanderer aus der EU geworden. Das geht aus dem Jahresbericht des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) hervor, der am 12. April in Berlin vorgestellt wurde. Wie dort zu lesen ist, waren über zwei Drittel aller Zuwanderer im ersten Halbjahr 2012 Unionsbürger. Von der neuen Mobilitätsdynamik in der EU profitiert Deutschland dreifach: Die Zuwanderer sind jung, gut qualifiziert und sie kommen zahlreich. Sie sind durchschnittlich zehn Jahre jünger als die Mehrheitsbevölkerung und haben häufiger als diese einen Hochschulabschluss. Das Jahresgutachten wurde in Schloss Bellevue an Bundespräsident Joachim Gauck übergeben, der anschließend mit den Sachverständigen zu einem Gedankenaustausch zusammentraf.

Wie aus dem SVR-Jahresgutachten hervorgeht, liegt der Anteil der Hochqualifizierten an den seit 2004 zugewanderten Unionsbürgern im Alter von 25 bis 44 Jahren über dem der Mehrheitsbevölkerung im gleichen Alter: jeder Fünfte (20,7%) der Zuwanderer aus den EU-Beitrittsstaaten von 2004 (u.a. Polen, Tschechien, Ungarn) hat einen Hochschulabschluss. Dies gilt mit 20,9% auch für die Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien. Bei der gleichaltrigen Mehrheitsbevölkerung in Deutschland liegt der Akademikeranteil mit 18,1% darunter.

Qualifizierte Zuwanderung stärkt auch die sozialen Sicherungssysteme. Nur aufgrund der steigenden Zu-



Übergabe des SVR-Jahresgutachtens 2013 durch SVR-Mitglieder an Bundespräsident Joachim Gauck in Schloss Bellevue: v.l.n.r.: Prof. Dr. Hacı Halil Uslucan, Prof. Dr. Ludwig Pries (Stellvertretender Vorsitzender), Prof. Dr. Christine Langenfeld (SVR-Vorsitzende), Bundespräsident Joachim Gauck, Prof. Dr. Yasemin Karakaşoğlu, Prof. Dr. Thomas Bauer, Prof. Dr. Ursula Neumann.

wanderung von Unionsbürgern hat die Nettozuwanderung nach Deutschland zum ersten Mal seit 15 Jahren wieder ein Maß erreicht, das den demografischen Wandel und seine Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme abfedern kann. Deutschland hat sich damit zu einem Zuwanderungsland entwickelt. Der Trend, dass vor allem Mittel- und Hochqualifizierte Deutschland verlassen und Geringqualifizierte zuwandern, konnte gestoppt werden.

Einwanderung in die Sozialsysteme bislang nur eine Ausnahme

Der Sachverständigenrat geht in seinem Jahresgutachten auch der Frage nach, ob eine Einwanderung in die Sozialsysteme festzustellen ist. Die vielfach geäußerte Sorge, dass die EU-Erweiterung eine Einwanderung in die Sozialsysteme fördern könnte, hat sich bislang als unberechtigt erwiesen. So gehen 72,1% der Bulgaren und Rumänen, die nach 2007 nach Deutschland gezogen sind und zwischen 25 und 44 Jahre alt sind, einer Erwerbstätigkeit nach. Das ist für Neuzuwanderer eine gute Arbeitsmarktintegration. Das Ausmaß des Sozialhilfebezugs von EU-Staatsangehörigen in Deutschland wird in der öffentlichen und politischen Diskussion regelmäßig überschätzt. „Armutswanderung ist bislang die Ausnahme, nicht die Regel“, so die SVR-Vorsitzende Prof. Dr. Christine Langenfeld. Dennoch sei nicht auszuschließen, dass es künftig bei einem größer werdenden Wohlstandsgefälle innerhalb der EU zu Armutswanderungen komme, bei denen die Sozialleistungen in Deutschland eine Rolle für die Wanderungsentscheidungen spielen. Dies gilt vor allem für die Beitrittsländer Rumänien und Bulgarien, für die ab 2014 die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit greift. Ihre wirtschaftliche Leistungsfähigkeit liegt weit hinter dem EU-Durchschnitt zurück.

Zwar hat Deutschland bei der Integration und der Zuwanderungssteuerung in den vergangenen 15 Jahren kräftig aufgeholt. Nun gilt es jedoch, die verschiedenen migrationspolitischen Themenfelder zu verknüpfen, die bislang weitgehend unabhängig und unverbunden diskutiert werden: Die Zuwanderung von EU-Bürgern einerseits und die Zuwanderung von Drittstaatsangehörigen andererseits sollten in einem „Nationalen Aktionsplan Migration“ (NAM) konzeptionell zusammengeführt werden. „Ein solcher Nationaler Aktionsplan sollte eine Migrationspolitik aus einem Guss entwerfen“, sagte die SVR-Vorsitzende Christine Langenfeld. „Der Nationale Aktionsplan sollte Mechanismen und Instrumente benennen, mit denen der zukünftige Bedarf an hoch-, mittel- und niedrigqualifizierter Zuwanderung gedeckt und koordiniert werden soll.“ Dabei seien auch die humanitären Verpflichtungen Deutschlands im Flüchtlingschutz zu berücksichtigen.

Dieser Beitrag beruht auf der Pressemitteilung zur Vorstellung des SVR-Gutachtens. Weitere Informationen zum SVR sowie das komplette Gutachten gibt es im Internet unter www.svr-migration.de.

Informationen: sabine.weiler@rwi-essen.de

Parlamentarischer Abend der Leibniz-Gemeinschaft zur Gesundheit

Auch als Folge der rasanten Fortschritte in der Medizin ist in den vergangenen 100 Jahren der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung deutlich angestiegen. Allerdings treten im Alter weiterhin schwere und chronische Erkrankungen verstärkt auf, so dass die wenigsten Menschen ihren letzten Lebensabschnitt vollständig gesund und selbstständig genießen können. Zudem stellt der erhöhte Anteil alter Menschen die Gesellschaft vor gesellschaftliche und ökonomische Probleme. Der diesjährige „Parlamentarische Abend“ der Leibniz-Gemeinschaft widmete sich daher dem Thema „Gesundheit im demografischen Wandel“.



Diskutierten miteinander auf dem Podium (v.l.n.r.): Moderatorin Sybille Seitz, Prof. Dr. Iris Pigeot (Leibniz-Institut für Präventionsforschung und Epidemiologie – BIPS, Bremen) und RWI-Gesundheitsexperte Dr. Boris Augurzky.

Nach der Begrüßung durch Leibniz-Präsident Prof. Dr. Karl Ulrich Mayer richtete Prof. Dr. Johanna Wanka, Bundesministerin für Bildung und Forschung, ebenfalls ein Grußwort an die Gäste. Es folgte eine Einführung

Termine

ins Thema von Prof. Dr. Hans-Georg Joost, Direktor des Deutschen Instituts für Ernährungsforschung Potsdam-Rehbrücke (DIFE). An der anschließenden Podiumsdiskussion war mit Dr. Boris Augurzky auch der Leiter des Kompetenzbereichs Gesundheit des RWI beteiligt. Im „Krankenhaus Rating Report“ und dem „Pfleheim Rating Report“ beschäftigt sich das RWI schon seit vielen Jahren mit der wirtschaftlichen Situation des

deutschen Gesundheitswesens. Der „Pfleheim Rating Report 2013“ ist Anfang Juli erschienen (mehr dazu in der Rubrik „Publikationen“ auf S. 16).

Informationen: sabine.weiler@rwi-essen.de

10 Jahre danach: „Agenda 2010 – Bilanz und Perspektiven“



Auf den Tag genau 10 Jahre, nachdem Bundeskanzler Gerhard Schröder vor dem Deutschen Bundestag die Kernelemente der Agenda 2010 dargelegt hatte, lud der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung am 13. März 2013 prominente Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften und Medien, eine Bilanz zu ziehen und Perspektiven aufzuzeigen. RWI-Präsident Christoph M. Schmidt beteiligte sich mit einem Impulsvortrag zum Thema „Nach der Reform ist vor der Reform, wie kann es weiter gehen?“ und nahm an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Perspektiven für Deutschland und Europa“ teil. Auf dem Podium saßen (v.l.n.r.): Martin Kannegiesser (Arbeitgeberverband Gesamtmetall), Prof. Dr. René Lasserre (CIRAC, Frankreich), Thomas Oppermann (SPD), Moderator Stephan-Andreas Casdorff (Der Tagesspiegel), Michael Vassiliadis (IG BCE) und Prof. Dr. Beatrice Weder di Mauro (Universität Mainz), Christoph M. Schmidt.

Vorstellung der Gemeinschaftsdiagnose für Freunde und Förderer

Am 30. April hatte die „Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI“ zur Präsentation der „Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013“ eingeladen. Nach einem Grußwort von NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin stellte RWI-Konjunkturchef Prof. Dr. Roland Döhrn die wichtigsten Ergebnisse des Gutachtens und seine Implikationen für Nordrhein-Westfalen vor.

Die Mitglieder der „Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI“ hatten am 30. April 2013 die Gelegenheit, sich von RWI-Experten über die Ergebnisse der „Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2013“ informieren zu lassen. Die Veranstaltung fand erstmals in den Räumlichkeiten der Commerzbank Düsseldorf statt. Erstmals nahm mit NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin zudem auch ein hochrangiger Landespolitiker an der Veranstaltung teil und richtete ein Grußwort an die Gäste. Im Anschluss daran stellte RWI-Präsident Prof. Dr. Christoph M. Schmidt kurz die Arbeit des RWI vor und gab Auskunft zu aktuellen Projekten.



Drei Mann auf einem Bild (v.l.n.r.): RWI-Präsident Christoph M. Schmidt, NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin und Gastgeber Manfred Breuer (Commerzbank Düsseldorf), Präsident der „Gesellschaft der Freunde und Förderer des RWI“.

RWI-Konjunkturchef Prof. Dr. Roland Döhrn erläuterte sodann die Ergebnisse der aktuellen Gemeinschaftsdiagnose. Diese Konjunkturprognose erstellt das RWI

halbjährlich gemeinsam mit anderen Wirtschaftsforschungsinstituten im Auftrag der Bundesregierung. Dieses Mal trug sie den Titel „Deutsche Konjunktur erholt sich – Wirtschaftspolitik stärker an der langen Frist ausrichten“.

Kaum noch Wachstumsdifferenzen zwischen NRW und Deutschland

In seinem Vortrag stellte Konjunkturchef Roland Döhrn die Kernaussagen der Gemeinschaftsdiagnose vor. Diese geht für dieses Jahr von einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,8% aus, für 2014 rechnen die Wissenschaftler mit einem deutlichen Plus von 1,9%. Bezüglich der Implikationen der Gemeinschaftsdiagnose für Nordrhein Westfalen betonte Döhrn, die Wachstumsdifferenzen zwischen Bund und Nordrhein-Westfalen lägen mittlerweile im Bereich der Zufallsschwankungen. Dies liege vor allem daran, dass die nordrhein-westfälische Wirtschaft ähnlich breit aufgestellt und strukturiert sei wie die gesamte deutsche.



NRW-Wirtschaftsminister Garrelt Duin während seines Grußworts.

Diese und andere Ergebnisse der Gemeinschaftsdiagnose sowie aktuelle wirtschaftspolitische Themen diskutierten NRW-Wirtschaftsminister Duin, RWI-Präsident Christoph M. Schmidt und RWI-Konjunkturchef Roland Döhrn anschließend in einer kurzen Gesprächsrunde. Dabei wurden auch Fragen des Publikums berücksichtigt, unter anderem zum kurz zuvor bekanntgewordenen endgültigen Aus für den Opel-Standort Bochum. Hierzu stand Garrelt Duin souverän Rede und Antwort

Termine

und lieferte hierfür auch gleich eine Begründung: „Ich habe dazu heute im Landtag schon soviel erzählt, ich bin gerade gut im Thema drin...“.

Danach hatten die Gäste am Rande des Buffets die Gelegenheit, in weiteren Gesprächen mit RWI-Wissenschaftlern die gewonnenen Einblicke zu vertiefen.

Informationen: roland.doehrn@rwi-essen.de

RWI mit Infostand bei Science Slam in der DASA Dortmund

Zu einem Wettstreit besonderer Art trafen sich Ende Mai junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler verschiedenster Disziplinen in der DASA Arbeitswelt Ausstellung in Dortmund: in einem Science Slam hatten die fünf Teilnehmenden jeweils zehn Minuten Zeit, dem Publikum ihr aktuelles Forschungsthema auf unterhaltsame Weise näherzubringen. PowerPoint-Präsentationen, Requisiten oder Live-Experimente waren dabei ausdrücklich erlaubt. Die Bewertung erfolgte am Ende des Abends durch das Publikum.



Gut besucht: Der Science Slam in der Dortmunder DASA sprach vor allem junges Publikum an.

Und die Vortragenden hatten sich in der Tat einiges einfallen lassen: So verdeutlichte Sylvain Tourel, Biotechnologe aus Dortmund, anhand der Aufgabenteilung in Schlumpfhäusern wie gezieltere Krebstherapien dafür

sorgen können, wirklich nur die „Bösewichter“ unter den Zellen zu zerstören. Jörg Kossmann, Chemiker der Ruhr-Universität Bochum, entführte in die „Welt wirklich heißer Helden“ und stellte vor, was an Superlegierungen so super ist. Frederik Aust vom Leibniz-Institut für Arbeitsforschung an der TU Dortmund (IfADo) bewies in seiner Präsentation „Gorillas auf der Autobahn“ zur Wahrnehmungskybernetik den Zuschauern anhand eines Live-Experiments eindrucksvoll, wie eng die Grenzen der menschlichen Wahrnehmung tatsächlich sind. Am besten gefiel dem Publikum aber der Beitrag zur „Erbsenhirnparalleluniversumsforschung am Beispiel des Ameisenbären“ von Lydia Möcklinghoff (Zoologisches Forschungsmuseum Alexander Koenig, Bonn). Sie zeigte mit Einspielfilmen eindrucksvoll, dass der Ameisenbär zwar nicht „die hellste Kerze auf der Torte“ ist, sein Verhalten Forschern aber trotzdem teils immer noch große Rätsel aufgibt.

Mitveranstalter des Science Slam war das Wissenschaftsforum Ruhr, in dem sich 46 größtenteils außeruniversitäre Forschungseinrichtungen – unter ihnen auch das RWI – zusammengeschlossen haben. Am Rande der Veranstaltung hatten daher die Mitgliedsinstitute die Gelegenheit, ihre Arbeit zu präsentieren. Das RWI nutzte diese an einem gemeinsamen Infotisch mit der Ruhr Graduate School in Economics (RGS Econ). Und vielleicht findet sich für den nächsten Science Slam ja auch eine Nachwuchsökonomin oder ein Nachwuchsökonom des RWI, die/der den Zuschauern sein aktuelles Forschungsprojekt auf der Bühne präsentiert.

Informationen: sabine.weiler@rwi-essen.de,

michael.kind@rwi-essen.de

Bundestagswahl: RWI analysiert Parteiprogramme

Was bieten die Programme der Parteien für die Bundestagswahl im Bereich Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik in Sachen Chancengerechtigkeit? Wie wirken sich ihre Tarifvorschläge zur Einkommensteuer aus? Auf diese Fragen geben zwei Studien Antwort, die das RWI im Auftrag der INSM erstellt hat. Sie wurden im Rahmen einer Pressekonferenz in Berlin von RWI-Präsident Christoph M. Schmidt vorgestellt.

Die Frage der sozialen Gerechtigkeit ist ein Hauptthema des Bundestagswahlkampfes. Egal ob ein gesetzlicher Mindestlohn, „Equal Pay“ in der Zeitarbeit, eine Frauenquote, ganztägige Kinderbetreuung zum Nulltarif oder die Anhebung des Spitzensteuersatzes der Einkommensteuer gefordert wird – alles soll zur Mehrung der Gerechtigkeit geschehen. Um diesen Diskurs zu versachlichen und die politische Rhetorik an der Realität zu messen, hat das RWI im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) die Frage „Mehr Gerechtigkeit: Was steht zur Wahl?“ in zwei Studien beantwortet: Einerseits wurden die Programmaussagen der Parteien zur Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik unter dem Gesichtspunkt der Chancengerechtigkeit analysiert, andererseits wurden Tarifvorschläge zur Einkommensteuer untersucht. Am 22. Mai stellte RWI-Präsident Christoph M. Schmidt die Ergebnisse der Studien auf einer Pressekonferenz der INSM in Berlin vor.

In der Studie zur Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik wurden sieben Themen betrachtet: Frühkindliche Bildung, BAföG, Minijobs und Zeitarbeit, Mindestlohn, Frauenquote sowie Rente. Die unter Leitung von Dr. Daniel Baumgarten erarbeitete Studie stellte zu jedem Thema den Status quo und die jeweiligen Forderungen der Parteien vor. Der Schwerpunkt lag dann auf der Darstellung des ökonomischen Hintergrunds und der empirischen Evidenz zum jeweiligen Thema. Im Fazit bezog das RWI zu jedem Thema Position. Der Bewertungsmaßstab war das Kriterium der Chancengerechtigkeit, also die Fragen, ob faire Rahmen-

bedingungen den Menschen ermöglichen, am wirtschaftlichen Leben teilzuhaben und ihre Fähigkeiten zu entfalten und inwiefern zufällige (unverschuldete) Nachteile ausgeglichen werden. Im Ergebnis gab es bei fast allen Parteien Licht und Schatten. Bei der Chance auf mehr Beschäftigung schnitt die derzeitige Regierungskoalition am besten ab, bei der Chance auf Bildung überzeugten die Aussagen von SPD und Grünen. Chancen durch beruflichen Einstieg dürften durch die Vorschläge der FDP am besten befördert werden, da sie flexible Arbeitsmarktinstrumente am stärksten unterstützen.

Einkommensteuer: Koalition will leichte Entlastung, Opposition stärkere Umverteilung

Die Studie zur Einkommensteuer analysierte, welche Be- oder Entlastungen aus den Reformvorschlägen für den Tarif der Einkommensteuer resultieren würden. Dazu wurden die Programmaussagen der Parteien in Tarifverläufe übersetzt. Diese wurden dann mit dem Mikrosimulationsmodell des RWI auf Basis eines repräsentativen Datensatzes der amtlichen Einkommensteuer-Statistik analysiert. Da die Angaben zu Veränderungen bei der Bemessungsgrundlage in den Parteiprogrammen nicht hinreichend konkret waren, musste das Projektteam aus Boris Beimann und Dr. Rainer Kambeck sich auf die isolierte Analyse der Tarifänderungen beschränken. Neben der fiskalischen Gesamtwirkung auf den Bundeshaushalt wurde ebenfalls ermittelt, welche Steuerzahlergruppen durch Be- oder Entlastungen einzelner Vorschläge betroffen wären. Hier wurden deutliche Unterschiede zwischen der derzeitigen Koalition und der Opposition erkennbar: Während der Vorschlag von Union und FDP, die sogenannte kalte Progression abzubauen, alle Steuerzahler geringfügig entlasten würde, setzen die Parteien der derzeitigen Opposition vor allem darauf, die Umverteilungswirkung der Einkommensteuer zu verstärken.

Beide Studien sind unter www.rwi-essen.de/publikationen/rwi-projektberichte/ als pdf-Download erhältlich.

Informationen: nils.ausdemmoore@rwi-essen.de

Publikationen

Augurzky, B., S. Krolop, C. Hentschker und R. Mennicken

Pflegeheim Rating Report 2013 – Ruhiges Fahrwasser erreicht

144 S., ISBN 9783866303003

Erschienen im Vincentz-Verlag, bestellbar unter www.altenheim.net/Shop/Buecher.

Ruhr Economic Papers

Download der Ruhr Economic Papers unter www.rwi-essen.de/rep

(411) Paloyo, A. und A. R. Reichert (RWI)

Biting Back at Malaria – Self-Medication, Traditional Healers, and the Public Sector

(412) Brosig-Koch, J., H. Hennig-Schmidt, N. Kairies und D. Wiesen (UDE)

How to Improve Patient Care? – An Analysis of Capitation, Fee-for-Service, and Mixed Payment Schemes for Physicians

(413) Brosig-Koch, J., H. Hennig-Schmidt, N. Kairies und D. Wiesen (UDE)

How Effective are Pay-for-Performance Incentives for Physicians? – A Laboratory Experiment

(414) Kairies, N. und M. Krieger (UDE)

How do Non-Monetary Performance Incentives for Physicians Affect the Quality of Medical Care? – A Laboratory Experiment

(415) Döhrn, R. und K. Krättschell (RWI, UDE, RUB)

Long Term Trends in Steel Consumption

(416) Procher, V., D. Urbig und C. Volkmann (RWI)

Time to BRIC It? – Internationalization of European Family Firms in Europe, North America and the BRIC Countries

(417) Droff, J. und A. Paloyo (RWI)

Assessing the Regional Economic Impacts of Defense Activities – A Survey of Methods

(418) Kunze, L. und N. Suppa (TU Do)

Job Characteristics and Labour Supply

(419) Ferguson, N.T.N. und M.M. Michaelsen (RUB)

The Legacy of Conflict – Regional Deprivation and School Performance in Northern Ireland

(420) Breidenbach, P. und T. Mitze (RWI)

The Long Shadow of Port Infrastructure in Germany. Cause or Consequence of Regional Prosperity?

(421) Kleibrink, J. (RUB)

Causal Effects of Educational Mismatch in the Labor Market

(422) Kind, M. und J. Kleibrink (RGS, RWI, RUB)

Sooner or Later – Economic Insecurity and the Timing of First Birth

(423) Haisken-DeNew, J.P. und J. Kleibrink (RUB)

Walking Wounded – The Causal Welfare Loss of Underemployment through Overeducation

(424) Orland, A. (RUB)

Personality Traits and the Perception of Macroeconomic Indicators

(425) Flake, R. (RGS, RUB, RWI)

Young FSU Migrants in Germany: Educational Attainment and Early Labor Market Outcomes

(426) Schmitz, H. und M. Westphal (UDE)

Short- and Medium-term Effects of Informal Care Provision on Health

Israelische Gastwissenschaftler forschten am RWI

Von 1. bis 3. Juli waren Professorin Dr. Vered Kraus und Professor Dr. Benjamin Bental von der israelischen Universität Haifa zu Gast am RWI. Sie arbeiteten mit dem Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ an einem Forschungsprojekt zum israelischen und zu den europäischen Arbeitsmärkten. Professorin Dr. Vered Kraus lehrt an der Faculty of Social Science an der Universität Haifa. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Methoden der empirischen Sozialforschung, soziale Ungleichheit und Mobilität sowie Bildungsforschung. Professor Dr. Bental hat eine Professur am Department of Economics an der Universität Haifa. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Makroökonomie, monetäre Ökonomie und Wirtschaftswachstum. Beide haben in zahlreichen renommierten internationalen Journals publiziert.



Die beiden Gastwissenschaftler Prof. Dr. Vered Kraus (links) und Prof. Dr. Benjamin Bental (mitte) mit Dr. Ronald Bachmann, dem Leiter des RWI-Kompetenzbereichs „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“.

Veränderungen im RWI-Verwaltungsrat und -Forschungsbeirat

Die RWI-Mitgliederversammlung hat in ihrer Sitzung am 3. Juni Hans Martz, Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse Essen, neu in den RWI-Verwaltungsrat gewählt. Wiedergewählt wurden Dr. Hans Georg Fa-

britius, Dr. Thomas A. Lange, Reinhold Schulte, (stellvertretender Vorsitzender) sowie Reinhard Schulz.

Aus dem RWI-Verwaltungsrat ausgeschieden ist Dr. Henning Osthuus-Albrecht. Er war seit 1992 im Verwaltungsrat, seit 1998 in dessen Vorstand.

Aus dem RWI-Forschungsbeirat ausgeschieden ist Prof. Dr. Claudia M. Buch, die neue Präsidentin des Instituts für Wirtschaftsforschung, Halle.

Der Vorsitzende des RWI-Verwaltungsrats, Dr. Eberhard Heinke, dankte den ausgeschiedenen Mitgliedern für deren engagierte Unterstützung der Institutsarbeit.

Nils aus dem Moore ist neuer Kommunikations-Chef des RWI

Das RWI hat zum 1. Juni die Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion“ und die Stabsabteilung „Politik und Kommunikation“ zu einer neuen Abteilung „Kommunikation“ zusammengeführt. Leiter dieser neuen Abteilung ist Nils aus dem Moore, bisheriger Referent für Politik



und Kommunikation. Er ist im Berliner Büro des RWI erreichbar. Stellvertretende Leiterin und Pressesprecherin ist die bisherige Pressereferentin Sabine Weiler.



Sie arbeitet von Essen aus. Joachim Schmidt, bisheriger Leiter der Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit, Redaktion“ und langjähriger Pressesprecher des Instituts, wechselt im August in die passive Phase der Altersteilzeit.

Neu im RWI

Seit 1. April arbeitet **Sylvi Rzepka** als Wissenschaftlerin im Kompetenzbereich „Arbeitsmärkte, Bildung, Bevölkerung“ des RWI. Sie absolvierte von 2010 bis 2013 ein Masterstudium in International Economics an der Georg-August Universität Göttingen. Im Rahmen dieses Studiums verbrachte sie ein Auslandsjahr an der University of California in Berkeley/USA. Ihre



Masterarbeit mit dem Titel „What Economic Impacts do Large-scale Land Investments Have? A Case Study on Cambodia“ verfasste sie am GIGA Leibniz-Institut für Globale und Regionale Studien in Hamburg. Im RWI beschäftigt sie sich derzeit im Rahmen eines DFG-Projekts mit den Aus-

wirkungen von schulischen und regionalen Faktoren auf die Teilnahme von Arbeitnehmern an Weiterbildungsmaßnahmen.

† Margrit Naedler

Am 29. Juni 2013 ist unsere ehemalige Mitarbeiterin Margrit Naedler im Alter von 62 Jahren gestorben. Sie war von 2007 bis 2010 am Empfang des RWI tätig. Unser aufrichtiges Mitgefühl gilt ihrer Familie.

„Was macht eigentlich ...“

... Waike Moos



Waike Moos ist seit Februar 2008 Professorin für Wirtschaftsmathematik und Statistik an der Hochschule Bochum. Von 1996 bis 2002 arbeitete sie als Referentin für Langfrist- und Strukturmodelle in der Forschungsgruppe „Sektorale Strukturanalysen“ des RWI, die in weiten Teilen dem heutigen Kompetenzbereich „Unternehmen und Innovation“ entspricht. Dort war sie vor allem in der wirtschaftspolitischen Beratung tätig und arbeitete an Gutachten im Auftrag von Ministerien und Verbänden mit. Zuvor hatte sie an der Ruhr-Universität Bochum Wirtschaftswissenschaften studiert und zum Thema „Stochastische versus deterministische Trends im Rahmen der Cointegration“ promoviert. Von September 2002 bis Januar 2008 lehrte Waike Moos Wirtschaftsmathematik und Statistik an der Hochschule Niederrhein.

1.) Was haben Sie aus Ihrer Arbeit am RWI für Ihre jetzige Tätigkeit gelernt?

Ich habe auf jeden Fall von der Pike auf gelernt, wie man Drittmittel einwirbt, wie Anträge geschrieben werden und wie man die Forschungsergebnisse so vermittelt, dass die Kernergebnisse für jeden verständlich werden. Das hilft mir, wenn ich komplexe Zusammenhänge für die Studierenden vereinfachen möchte. Und ich habe nebenher viele Zahlen und Fakten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen gelernt, mit denen ich die Statistikvorlesungen aufpeppen kann.

2.) Was haben Sie aus Ihrer Zeit am RWI noch am deutlichsten in Erinnerung?

Ich fand die Arbeitsatmosphäre sehr schön. Ich hatte viele nette Kolleginnen und Kollegen, zu denen ich immer noch privaten Kontakt habe und zu denen sich auch Freundschaften entwickelt haben. Noch heute treffe ich mich mit alten RWI-Kollegen zum Musikmachen. Nicht zu vergessen sind auch die rauschenden Sommerfeste und Weihnachtsfeiern ...

3.) Wie unterscheidet sich das, was Sie jetzt tun, von Ihrer Arbeit am Institut?

Ich kann weniger Forschungsprojekte durchführen. Durch die Lehrverpflichtungen, die Betreuung der Studierenden und diverse Gremienarbeiten bleibt wenig Zeit, die wichtigen Journale zu lesen und auf dem aktuellen Forschungsstand zu bleiben. Ich habe auch mit viel mehr Menschen zu tun. Der Kontakt zu den Kollegen außerhalb der Fachgruppe ist weniger eng als im Institut. Es gibt hier leider keine „Teeküche“, in der man sich nicht nur zum Teekochen trifft.

4.) Was ist aus Ihrer Sicht die größte Herausforderung, die zukünftig auf die deutschen Wirtschaftsforschungsinstitute zukommen wird?

Ein ausgewogenes Mischungsverhältnis in der Belegschaft zu bewahren zwischen jungen Kolleginnen und Kollegen, die frisch von der Uni kommen und neue Ideen mitbringen und den „alten Hasen“, die auf der einen Seite über ein weit verzweigtes Netzwerk an Kontakten in Ministerien und Verbänden verfügen und auf der anderen Seite einen großen Erfahrungsschatz aufweisen und wissen, wie wirtschaftspolitische Beratung geht.

5.) Auf welche Frage würden Sie gerne einmal antworten?

Wie viel haben Sie denn dazu beigetragen, dass Ihre damaligen Erstsemester aus dem Jahr 2013 den Wirtschaftsnobelpreis 2032 erhalten haben?



RWI News Nr. 2/2013 (Juni)

Herausgeber:
Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung
Hohenzollernstraße 1-3
45128 Essen

Fon: 0201-8149-0, Fax: 0201-8149-200

rwi@rwi-essen.de

www.rwi-essen.de

Alle Rechte vorbehalten

Schriftleitung: Prof. Dr. Christoph M. Schmidt

Redaktion: Sabine Weiler (Tel. -213), Joachim Schmidt

Layout: Daniela Schwindt

Fotos: Julica Bracht, INSM (S. 9), FES/ Mark Bollhorst (S. 12), Leibniz-Gemeinschaft/
Christoph Herbort-von Loeper (S. 11), Wolfgang Leininger (S. 7), Waike Moos (S. 19),
SVR/Wolfgang Borrs (S. 10), Sabine Weiler

ISSN 1612-3581